

Michael Stürner

Die zivilrechtliche Aufarbeitung des „Dieselskandals“ in Italien



Nomos

Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heinrich Dörner,
Universität Münster

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Burkhard Hess,
Universität Wien

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Peter Mansel,
Universität zu Köln

Band 45

Michael Stürner

Die zivilrechtliche Aufarbeitung des „Dieselskandals“ in Italien



Nomos

Diese Open-Access-Publikation wurde gefördert durch den Publikationsfonds der Universität Konstanz.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2025

© Michael Stürner

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3393-5

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6356-1

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748963561>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Vorwort

Aus Sicht des Internationalen Privatrechts ist es in keiner Weise ungewöhnlich, ja für die Disziplin geradezu konstituierend, dass auf einen Lebenssachverhalt ausländisches Recht anzuwenden ist. Die räumlich-horizontale Zuordnung, die das Kollisionsrecht vornimmt, folgt jedenfalls im Ausgangspunkt dem Prinzip der engsten Verbindung, das – wiederum im Grundsatz – technisch-neutral verstanden wird. Die in diesem Sinne am besten passende Rechtsordnung (oder Rechtsordnungen, wenn der Sachverhalt Aspekte aufweist, für die besondere Anknüpfungen bestehen) wird zunächst ohne Rücksicht auf deren Inhalt bestimmt. Das sachnächste Recht muss daher nicht zwingend auch dasjenige des Gerichtsstaates sein: Die internationale Zuständigkeit indiziert regelmäßig gerade nicht auch das anwendbare Recht. Ein Gericht ist an den kollisionsrechtlichen Verweisungsbefehl gebunden und muss zur Ermittlung und Anwendung eines auf diese Weise berufenen ausländischen Rechts schreiten. Dass dies zu einem erhöhten Aufwand für alle Beteiligten führt, ist sattsam bekannt. Bei komplexeren Rechtsfragen wird das Gericht häufig im Rahmen des diesbezüglich statthaften Freibeweisverfahrens (§ 293 ZPO) auf ein Sachverständigengutachten zurückgreifen. Dieses bereitet das jeweils anwendbare Recht hinsichtlich der vom erkennenden Gericht formulierten Beweisthemen auf; eine mündliche Erläuterung kann angeordnet werden. Auf dieser Grundlage schreitet das Gericht dann im Rahmen eigener, freier Beweiswürdigung (§ 286 ZPO) zur Entscheidungsfindung.

Die vorliegende Schrift ist aus einem solchen Prozess hervorgegangen. Sie fasst zwei Gutachten nebst mündlicher Erläuterung zusammen, die vom *Verf.* im Verfahren Verbraucherzentrale Südtirol, eingetragener Verein nach italienischem Recht gegen Volkswagen AG (Az. 4 MK 1/20) vor dem OLG Braunschweig erstellt wurden. Dabei handelt es sich um ein Musterfeststellungsverfahren nach §§ 606 ff. ZPO a.F., dessen wesentliche Verfahrensdaten im Klageregister öffentlich bekannt gemacht werden (§ 607 ZPO a.F.). Inhaltlich geht es im Wesentlichen um die Frage, ob den vom Musterkläger vertretenen Verbrauchern Ansprüche auf Ersatz ihrer materiellen und immateriellen Schäden gegen die Musterbeklagte zustehen. Diese in Südtirol ansässigen Verbraucher haben in den Jahren 2008-2015 vom Volkswagen-Konzern hergestellte Pkw erworben, die mit Dieselmotoren der Baureihe

VW EA189 ausgestattet waren, deren Motorsteuerungs-Software eine Prüfstand-Erkennung und eine sog. Abschaltseinrichtung enthielt.

Die Studie verfolgt damit ein doppeltes Ziel: Zum einen möchte sie einen Beitrag leisten zur Aufarbeitung des sog. Dieselskandals, der die Gerichte und Behörden in Deutschland, aber auch weltweit, seit Ende 2015 beschäftigte und noch immer beschäftigt. Zum anderen aber ist es ihr ein Anliegen, das italienische Haftungs- und Schadensrecht einem deutschsprachigen Leserkreis weiter zu erschließen. Obwohl im Ausgangspunkt in romanischer Rechtstradition stehend, hat der italienische Codice civile von 1942 vielfach Anleihen an die deutsche Dogmatik genommen und sich von diesen beiden Wurzeln aus durchaus eigenständig entwickelt. Nicht zuletzt die italienische Rechtslehre zeigt großes Interesse an den Entwicklungen nördlich der Alpen. Da die dem Verfahren vor dem OLG Braunschweig zugrunde liegende rechtliche Problematik auch für das italienische Recht vielfach Neuland bedeutete, wird die einschlägige Rechtsprechung italienischer Gerichte intensiv analysiert. Von Bedeutung ist dabei insbesondere eine Entscheidung der Corte di Appello di Venezia im sog. Altroconsumo-Verfahren, dem eine Verbandsklage zugrunde lag. Das gegen dieses Urteil vor der italienischen Corte di Cassazione eingeleitete Rechtsmittelverfahren ist allerdings wegen eines von den Parteien im Mai 2024 geschlossenen Vergleichs nicht zur Entscheidung gelangt. Damit bleiben zentrale Rechtsfragen weiterhin höchststrichterlich ungeklärt. Aus Sicht eines deutschen Gerichts stellt sich damit die höchst intrikate Frage, inwieweit angesichts des Fehlens einschlägiger Leitentscheidungen offene Rechtsfragen des anwendbaren ausländischen Rechts auch rechtsfortbildend geklärt werden dürfen.

Bei der Erschließung einer ausländischen Rechtsordnung stellt sich vor allem die Herausforderung des Zugangs zu einschlägigen Quellen. Bei der Materialsammlung und Entwurfserstellung im Rahmen des Erstgutachtens haben mich vor allem Rechtsanwältin Dr. Antonia von Appen (München) und Rechtsanwalt Johannes Veigel (Stuttgart) unterstützt. Einzelne inhaltliche Fragen und Probleme konnte ich mit einer Reihe von italienischen Kolleginnen und Kollegen diskutieren, namentlich waren dies (in alphabetischer Reihenfolge) insbesondere Prof. Dr. Remo Caponi (Florenz/Rom), Prof. Dr. Francesco Giglio (Surrey), Prof. Dr. Gina Gioia (Viterbo), Prof. Dr. Geo Magri (Como), Prof. Dr. Fabio Rota (Pavia), Prof. Dr. Elisabetta Silvestri (Pavia) sowie Prof. Dr. Mauro Tescaro (Verona). Für den überaus gewinnbringenden Austausch bin ich sehr dankbar. Den Herausgebern Prof. Dr. Heinrich Dörner, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Burkhard Hess und Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Peter Mansel danke ich herzlich für die Aufnahme

in die Schriftenreihe Internationales und europäisches Privat- und Verfahrensrecht.

Dass diese Studie als Open-Access-Publikation erscheinen kann, ist dem Publikationsfonds der Universität Konstanz zu verdanken, dem ich für seine großzügige Förderung herzlich Dank sagen möchte.

Das Werk befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von Dezember 2024. Spätere Entwicklungen konnten nach Möglichkeit punktuell noch nachgetragen werden.

Konstanz, im Juni 2025

Michael Stürner

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	17
1. Kapitel: Einführung und Hintergründe	19
I. Ausländisches Recht vor deutschen Gerichten	19
II. Insbesondere: der Sachverständige zum ausländischen Recht	21
III. Der „Dieselskandal“ und seine gerichtliche Aufarbeitung	22
1. Vorgeschichte	22
2. „Kurzer Prozess“: Verfahren in den USA	23
3. Reaktionen und Verfahren in Deutschland	24
a) Einzelklagen und Kollektivklagen	25
b) Der Weg zum Leitentscheidungsverfahren	26
c) Die Entwicklung der Rechtsprechung des BGH	28
4. Verfahren in Italien	30
IV. Das Musterfeststellungsverfahren vor dem OLG Braunschweig	31
1. Sachverhalt	31
2. Die Frage des anwendbaren Rechts	32
a) Kollisionsrechtliche Anknüpfung	32
aa) Qualifikation: außervertraglich	32
bb) Anknüpfung	33
(1) Ausgangspunkt: Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO	33
(2) Keine Sonderanknüpfung nach Art. 5 Rom II-VO	34
(3) Keine Sonderanknüpfung nach Art. 6 Rom II-VO	34
(4) Keine Sonderanknüpfung nach Art. 7 Rom II-VO	35
(5) Keine Sonderanknüpfung nach Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO	35
b) Bedeutung im Rahmen des Musterfeststellungsverfahrens	36

3. Beweiserhebung zum ausländischen Recht	37
a) Einholung eines Sachverständigengutachtens	37
b) Einholung eines Ergänzungsgutachtens	46
c) Befragung des Sachverständigen in der mündlichen Verhandlung	54
4. Fortgang des Verfahrens	54
V. Gang der Darstellung	55
1. Gutachten als Grundlage	55
2. Keine Beschränkungen durch Vorgaben des § 293 ZPO	55
3. Gliederung	56
2. Kapitel: Grundlagen: die Bedeutung von Rechtsprechung und Literatur in Italien	59
I. Rechtsquellen: Überblick	59
II. Keine formelle Präjudizienbindung	60
III. Faktische Bindungswirkung	61
IV. Die Bedeutung ausländischer Präjudizien	61
1. Vorliegen eines gemeinsamen Bezugsrahmens	61
2. Fehlen eines Bezugsrahmens	62
V. Verbot der namentlichen Zitierung von Lehrmeinungen	64
VI. Insbesondere: die Rolle des Friedensrichters	65
1. Entwicklung, Zuständigkeit und Verfahren	66
2. Ernennung	67
3. Die Entscheidungen des Friedensrichters	71
3. Kapitel: Die Haftung auf der Grundlage eines „ <i>contatto sociale</i> “	73
I. Grundlagen und Voraussetzungen	73
1. Vertrag und Delikt	73
2. Die Lehre vom <i>contatto sociale</i>	74
3. Fallgruppen	75
II. Insbesondere: Haftung für ein fehlerhaftes Produkt?	77
III. Rechtsfolgen	78

4. Kapitel: Deliktische Haftung dem Grunde nach	81
I. Das System der deliktischen Haftung	81
1. Grundlagen	81
2. Die Verletzung rechtlich geschützter Interessen	83
II. Insbesondere: Lauterkeitsverstöße	83
1. Verbotene Geschäftspraktiken	84
a) Anwendungsbereich	84
b) Geschäftspraktiken, Art. 18 cod. consumo	85
c) Die einzelnen Tatbestände	87
aa) Art. 23 cod. consumo	88
(1) Bußgeldentscheidung der AGCM	91
(2) Tribunale di Avellino	92
(3) Tribunale di Venezia ("Altroconsumo")	93
(4) Corte di Appello di Venezia, 16.11.2023	94
bb) Art. 21 und 22 cod. consumo	94
(1) Bußgeldentscheidung der AGCM	99
(2) Tribunale di Avellino	101
(3) Tribunale di Venezia ("Altroconsumo")	102
(4) Corte di Appello di Venezia	103
(5) Tribunale di Latina	103
cc) Subsidiär: Art. 20 Abs. 2 cod. consumo	104
2. Konsequenzen	105
a) Spezifische lauterkeitsrechtliche Ansprüche	105
b) Verbraucher als Anspruchsberechtigte	106
III. Insbesondere: strafrechtliche Verbotstatbestände	107
1. Betrug im Handelsverkehr, Art. 515 cod. pen.	108
a) Schutzgut	109
b) Einschlägige Rechtsprechung	110
2. Betrug, Art. 640 cod. pen.	114
3. Strafnormen im Rahmen der zivilrechtlichen Haftung	116
IV. Haftungsbegründende Kausalität	119
V. Deliktische Verantwortlichkeit juristischer Personen	119
VI. Rechtswidrigkeit	120
VII. Verschulden	120
VIII. Exkurs: Die Bedeutung der Entscheidung der AGCM	123

IX. Die Geschäftsherrenhaftung nach Art. 2049 c.c.	126
1. Grundlagen	126
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	127
a) Vorfrage: unerlaubte Handlung des Gehilfen	127
b) Voraussetzungen der Zurechnung zum Geschäftsherrn	128
3. Keine Exkulpation	129
5. Kapitel: Kategorien des ersatzfähigen Schadens	131
I. Entwicklung	131
1. Ausgangspunkt	131
2. Schutz von Forderungsrechten	132
3. Schutz allgemeiner Vermögensinteressen	132
4. Insbesondere: rechtlich geschützte Positionen und Interessen	133
II. Naturalrestitution	133
1. Grundsatz und Wahlrecht des Geschädigten	133
2. Umfang der Ersatzpflicht und Mitverschulden	140
III. Ersatz der Vermögensschäden	143
1. Einschlägige Rechtsprechung	144
2. Beweislast	145
3. Drohende Stilllegung als möglicher Schaden?	146
a) Typengenehmigung	146
b) Konformitätskontrolle	149
IV. Ersatz der Nichtvermögensschäden	152
1. Grundsatz	152
2. Insbesondere: Verletzung von Rechten mit Verfassungsrang	154
a) Die Bedeutung der San-Martino-Entscheidungen	155
b) Vergleichende Betrachtung	158
c) Verfassungsrang des Selbstbestimmungsrechts des Verbrauchers?	159
d) Bewertung	171
e) Intensität des Verstoßes	173
f) Beweislast	176
g) Insbesondere: Beweislast bei Straftat	179

6. Kapitel: Der Umfang des Schadensersatzes	185
I. Vermögensschaden	185
II. Immaterieller Schadensersatz	188
III. Besonderheiten der Sammelklage	192
1. Notwendigkeit des Nachweises eines Differenzschadens	192
2. Jedoch kein individueller Schadensnachweis	192
IV. Einfluss des Vermögensschadens auf immaterielle Schadenspositionen	193
V. Entfall des Schadens bei Weiterveräußerung?	193
1. Merkantile Wertminderung bei Weiterverkauf	194
2. Immaterieller Schaden und Weiterverkauf	194
VI. Entfall des Schadens bei Maßnahmen des Schädigers zur Behebung des Mangels	195
1. Schadensbeseitigung durch den Schädiger	196
2. Mitwirkungspflicht des Geschädigten	197
3. Rückrufaktion und immaterieller Schaden	198
7. Kapitel: Verjährung	199
I. Grundsatz und Verjährungsdauer	199
II. Verjährungsbeginn	202
III. Hemmung bzw. Unterbrechung	203
IV. Insbesondere: Musterfeststellungsklage	206
8. Kapitel: Beweislast und Beweiserleichterungen	211
I. Kollisionsrechtliche Aspekte	211
II. Grundlagen	211
III. Tatbestandliche Voraussetzungen des Art. 2043 c.c.	212
IV. Tatbestandliche Voraussetzungen des Art. 2049 c.c.	212
V. Tatbestandliche Voraussetzungen bei Haftung aus „ <i>contatto sociale</i> “	213
VI. Vorliegen eines Schadens und Schadenshöhe	213
1. Vermögensschaden	213
2. Nichtvermögensschaden	214

3. Insbesondere: Beweislast bei Straftat	215
4. Schadensbemessung nach Billigkeit	215
VII. Beweiserleichterungen	216
1. Beweisvermutungen	216
2. Beweisersatz durch Präjudizwirkungen?	220
3. Besonderheiten im Kollektivverfahren	221
9. Kapitel: Rechtsprechung, die eine Haftung bejaht	223
I. Tribunale di Avellino, 10.12.2020, n. 1855	223
1. Sachverhalt und Anträge	223
2. Zum materiellen Schaden und zur Passivlegitimation	224
3. Zum immateriellen Schaden	226
II. Tribunale di Venezia, 7.7.2021, N. R.G. 3711/2016	227
1. Sachverhalt und Anträge	227
2. Zum materiellen Schaden und Passivlegitimation	227
3. Zum immateriellen Schaden	229
4. Aussetzung der vorläufigen Vollstreckbarkeit	229
5. Nachfolgend: Corte di Appello di Venezia, 16.11.2023, n. 2260	230
III. Tribunale di Genova, 5.10.2021, n. 2160	230
1. Sachverhalt und Anträge	230
2. Zum materiellen Schaden	231
3. Zum immateriellen Schaden	232
IV. Tribunale di Latina, 23.3.2023, n. 691	233
1. Sachverhalt und Anträge	233
2. Zum materiellen Schaden und Passivlegitimation	233
3. Zum immateriellen Schaden	236
V. Corte di Appello di Venezia, 16.11.2023, n. 2260	237
1. Sachverhalt und Anträge	237
2. Zum materiellen Schaden und Passivlegitimation	238
a) Das unlautere Verhalten von VW	238
aa) Einbau manipulativer Software	238
bb) Haftungsvoraussetzungen	238
(1) Rechtswidriges Verhalten des Schädigers	240
(2) Verschulden	240

(3) Verletzung eines rechtlich geschützten Interesses	240
b) Herbeiführung eines Vermögensschadens	243
3. Vorliegen eines immateriellen Schadens	251
a) Haftungsvoraussetzungen	251
b) Umfang des Ersatzes	254
10. Kapitel: Rechtsprechung, die eine Haftung ablehnt	257
I. Tribunale di Ancona, 31.1.2018, n. 199	257
1. Sachverhalt und Anträge	257
2. Zu den Entscheidungsgründen	258
II. Tribunale di Ravenna, 4.7.2018, n. 720	259
1. Sachverhalt und Anträge	259
2. Zu den Entscheidungsgründen	259
3. Zur außervertraglichen Haftung	259
III. Tribunale di Monza, 28.1.2020, n. 135	261
1. Sachverhalt und Anträge	261
2. Zu den Entscheidungsgründen	261
IV. Tribunale di Forlì, 14.9.2020, n. 692	263
1. Sachverhalt und Anträge	263
2. Zu den Entscheidungsgründen	263
V. Tribunale di Trani, 20.2.2018, n. 846	264
VI. Corte di Appello di Bari, 4.2.2021, n. 222	265
1. Sachverhalt und Anträge	265
2. Zu den Entscheidungsgründen	265
VII. Tribunale di Torre Annunziata, 7.6.2021, n. 1226	266
1. Sachverhalt und Anträge	266
2. Zu den Entscheidungsgründen	267
VIII. Corte di Cassazione civile, 14.10.2021, n. 28037	268
1. Sachverhalt und Anträge	268
2. Zu den Entscheidungsgründen	268
3. Bewertung	270
4. Rezeption	271
IX. Tribunale di Patti, 24.2.2022, n. 107	273
1. Sachverhalt und Anträge	273

2. Zu den Entscheidungsgründen	273
X. Tribunale di Rovigo, 26.5.2022, n. 485	274
1. Sachverhalt und Anträge	274
2. Zu den Entscheidungsgründen	275
XI. Tribunale di Napoli Nord, 31.5.2022, n. 2039	275
1. Sachverhalt und Anträge	275
2. Zu den Entscheidungsgründen	276
XII. Tribunale Frosinone, 11.7.2022, n. 649	276
1. Sachverhalt und Anträge	276
2. Zu den Entscheidungsgründen	277
XIII. Tribunale di Frosinone, 7.7.2022, n. 650	279
1. Sachverhalt und Anträge	279
2. Zu den Entscheidungsgründen	279
XIV. Tribunale di Civitavecchia, 25.8.2022, n. 913	279
1. Sachverhalt und Anträge	279
2. Zu den Entscheidungsgründen	280
XV. Tribunale di Termini Imerese, 19.7.2023, n. 915	280
1. Sachverhalt und Anträge	280
2. Zu den Entscheidungsgründen	281
XVI. Tribunale di Avellino, 24.10.2023, n. 1596	283
11. Kapitel: Fazit	285
Literaturverzeichnis	289
Sachverzeichnis	295

Abkürzungen

<i>Abkürzung</i>	<i>Bedeutung</i>
AGCM	Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato
App.	Appello
Cass.	Corte di Cassazione
c.c.	Codice civile
Cod. consumo	Codice del consumo
Cod. pen.	Codice penale
Cost.	Costituzione bzw. costituzionale
Trib.	Tribunale

Für weitere Abkürzungen sei verwiesen auf das Verzeichnis bei *Kindler*, Einführung in das italienische Recht, 3. Aufl. 2022, S. XXIII ff.

